

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zustellung eingetragen. Für unretourierten eingegangenen Manuskript wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Halle-Zeitung“ gestattet. Ferner, der Expedition Nr. 1140, der Anzeigen-Redig. Nr. 1142 u. 1413, der Bezugs-Redig. Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Halle-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werden d. 6. 1/2 Pf. 34 mm dr. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unfernen Annoncenstellen u. allen Anzeigenblätter angenommen. Restanten die 92 mm dr. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annoncenschluss vorm. 11 Uhr, für die Sonntags- u. abds. 11 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstag: 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsleit. u. Haupt-Verwaltung: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Braubaustr. 17. Klein-Verkaufsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 359.

Halle, Sonntag, den 3. August.

1919.

Protest Kupprechts von Bayern.

Der ehemalige Kronprinz Kupprecht von Bayern protestiert gegen eine etwaige Auslieferung an die Entente und stellt sich dem bayerischen Landtag zur Verfügung.

Ein Schreiben des ehemaligen bayerischen Kronprinzen.

WTB. München, 2. August. Die „Münchner Zeitung“ veröffentlicht folgendes Schreiben, das der ehemalige Kronprinz Kupprecht von Bayern an den Präsidenten des bayerischen Landtages gerichtet hat:

„Herr Präsident!

Bis zu Stunde habe ich gewartet auf das Einsetzen eines deutschen Staatsgerichtshofes, der die Verantwortung aller Führer des deutschen Volkes für die politische Verleitung der letzten Jahre und für die militärische Führung während des Krieges feststellt. Durch die Bildung eines solchen deutschen Staatsgerichtshofes wäre die Gemeinschaft der Bevölkerung für alle deutschen Stämme und damit die innere Gesetzmäßigkeit in der Erstellung eines einheitlichen Schieds als neue festgelegt worden. Es ist nun nicht zu dem Akt der klaren Befreiung solcher Volksverurteilung gelangt. Die deutsche Regierung hat sich dafür in der traurigen Zwangslage gesehen, gemäß dem Friedensvertrag die Auslieferung

aller jener Personen an die feindlichen Mächte zuzugestehen, von denen angelegt sind, eine Handlung gegen die Gerechtigkeit und Schmach des Krieges begangen zu haben. Ich bin mir solcher Handlungen nicht bewußt. Sollte dennoch meine Auslieferung begehrt werden, lege ich

hiermit feierlichst Verwahrung

ein, ein Gericht anzuerkennen, in welchem der Kläger zugleich der Richter ist, und welches in Wirklichkeit als Instrument der Verdrängung eines Rechtsbehelfes dient oder zur Orientierung der angeklagten reinen Kriegsmoral unserer bisherigen Gegner. Diese Friedensbedingung verletzt das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Staates

in einem wesentlichen Punkte, ein Beweis, daß wieder einmal die mit einer Machtüberlegenheit gebundene Möglichkeit, schwache Völker zu vermagamen, über eine internationale Rechtsbegehrung, wenn ohne den klaren Willen und das große Wohlwollen an dem internationalen Selbstbestimmungsrecht in jedem Volke die Verantwortlichkeit einer fiktiven, auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Beobachtung und damit die so erstrebenswerte Befreiung der Völker denkbar. Die Sieger haben damit bezeugt, daß sie nicht die Träger einer zivilisierten Idee sein wollen, sondern die Willkürer plutokratischer Weltmacht. Ich beuge mich nicht freiwillig einer solchen Tyrannie und werde unter keinen Umständen einer Aufzorderung, vor einem außerdeutschen Staatsgerichtshof Rede und Antwort zu stehen, gutwillig Folge leisten. Aber ich erziele hiermit feierlichst: Nachdem meine Erwartung an die Entscheidung eines deutschen Staatsgerichtshofes nicht mehr erfüllbar ist, bin ich bereit, dem bayerischen Volke vor einem bayerischen Staatsgerichtshof mich zu stellen, weil die Verantwortung des bayerischen Staatsvertrages und der damit verbundenen Souveränität des bayerischen Volkes mit an mir liegt. Darum, Herr Präsident,

überantworte ich mich hiermit dem bayerischen Landtage

als dem berechtigten einzigen Träger der bayerischen Staatshoheit. Sollte der bayerische Landtag für den Fall, daß meine Auslieferung an einen internationalen Gerichtshof verlangt wird, einen solchen Verlangen Rechnung tragen, so werde ich mich diesem Beschluß fügen, und ich bin mir vollkommen der Verantwortung entbunden, durch mein persönliches Verhalten zur Mithaftung der Souveränität des bayerischen Volkes beigetragen zu haben.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

ges. Kupprecht, Kronprinz von Bayern.“

Deutsche Arbeiter nach Frankreich.

Vorberatern in Versailles.

WTB. Berlin, 2. August. Am Mittwoch, den 30. Juli, abends, ist wie schon mitgeteilt wurde, eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Kommission nach Versailles gefahren, um dort unter Leitung des Herrn Geheimrat Schmidt vom Auswärtigen Amt und Herrn Geheimrat von Suire vom Reichswirtschaftsministerium mit der Entente-Kommission die Bedingungen für die Gefestigung deutscher Arbeiter für den Wiederbau Frankreichs festzusetzen. Es ist nach Absicht der Verhandlungen und der notwendigen Vorarbeiten kann eine Entsendung von Arbeitern von Reichsmengen in Frage kommen. Es wird ausdrücklich darauf gewarnt, daß Arbeiter sich nicht an irgend welchen Agenten für den Wiederbau anwerben und nach Frankreich schicken lassen, da die in Versailles zu vereinbarenden Bedingungen naturgemäß nur für solche Arbeiter Anwendung finden können, die auf Veranlassung des Deutschen Reiches für die Wiederaufbauarbeiten gemönet werden. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß Bewerben von Arbeitern, Arbeitlosen und Unternehmern um Beschäftigung bei den Wiederaufbauarbeiten zurzeit zwecklos sind und nur die Vorarbeiten abgeschlossen sind, welche die Reicheshöhe oder von ihr beauftragte Stellen mit der Arbeitstätigkeit einsehen. Die Durchführung der eigentlichen Arbeiten wird einer besonderen, unter einem Reichskommissar übertragenden, in der Freigabe und Arbeitnehmern ein weit gehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden wird.

den Bedingungen naturgemäß nur für solche Arbeiter Anwendung finden können, die auf Veranlassung des Deutschen Reiches für die Wiederaufbauarbeiten gemönet werden. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß Bewerben von Arbeitern, Arbeitlosen und Unternehmern um Beschäftigung bei den Wiederaufbauarbeiten zurzeit zwecklos sind und nur die Vorarbeiten abgeschlossen sind, welche die Reicheshöhe oder von ihr beauftragte Stellen mit der Arbeitstätigkeit einsehen. Die Durchführung der eigentlichen Arbeiten wird einer besonderen, unter einem Reichskommissar übertragenden, in der Freigabe und Arbeitnehmern ein weit gehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden wird.

Die Franzosen besetzen Bulgarien.

Bukarest, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Agentur „Dacia“ meldet aus Sofia: Mit Rücksicht auf die Zusammenstöße zwischen den bulgarischen und den französischen Truppen hat der Oberkommandierende der alliierten Truppen, General Franchet, die bulgarischen Truppen durch französische Truppen besetzen lassen, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die ganze Sicherheit dort übernehmen werden. Ueber Sofia, Pustschak, Bana und Schumla wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die Entente mit Ungarn immer noch nicht zufrieden.

WTB. Wien, 2. August. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge erklärte ein hervorragendes Mitglied der Entente-Mission in Wien, daß sich die Entente mit der neuen Lage in Ungarn nicht zufrieden geben könne, da in der neu konstituierten Regierung größtenteils Männer seien, die an dem kommunistischen Regime aktiven Anteil hätten. Demselben Blatte zufolge hält man in den Kreisen der in Wien weilenden Ungarn das sozialistische Kabinett erst für den Anfang der Entwirrung. Es sei jetzt die Möglichkeit geschaffen, daß die Budapestiner Regierung in Verhandlungen eintreten, um ein Koalitionskabinett zu bilden, das alle den Willen des ganzen Landes darstellen würde. Die nächste Aufgabe sei die Ausschließung der Wahlen zur Nationalversammlung.

Schutzmaßnahmen für die entthronten Volksbeauftragten.

Wien, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet, sei für die Familienangehörigen der zurückgetretenen ungarischen Volksbeauftragten das Einreiseverbot bewilligt worden. Die Volksbeauftragten selbst, insbesondere Bela Kuhn und Samuely, dürften durch die Entente ins Ausland gebracht werden.

Näheres über die Umwälzung in Ungarn.

WTB. Berlin, 2. August. Ueber den Sturz Bela Kuhns wird dem „B. L.“ nach in Wien eingetroffenen Budapest Nachrichten berichtet:

Am Donnerstag fand eine Kollaborierung der ungarischen Gemerkschaftsräte statt, in der mitgeteilt wurde, daß die Entente sehr unzufrieden über die Rücktrittserklärung der Volksbeauftragten sei. Ein Antrag, die Regierung möge aufgefördert werden, zurückzutreten und die Macht einem sozialdemokratischen Ministerium zu übergeben, wurde vom Gemerkschaftsrat mit 98 gegen 3 Stimmen angenommen. Am 7. Juli abends war die Regierung Bela Kuhn geflüht. Bela Kuhn wurde von dem Beschluß, sich zurückzutreten, erst kurz vor dem Abend eine Sitzung des unteren Rates der Volksbeauftragten ein, die die ganze Nacht zum Festhalten wähnte. Schließlich unterwarf sich die Mitglieder der Regierung dem Beschluß des Gemerkschaftsrates. In der Assemblée der 800 Budapestiner Arbeiter und Soldatenrat begründete der Stellvertreter des Volkskomitees die Trennung der Arbeiter von der Regierung. Bela Kuhn gab der Versammlung das Beschluß der Regierung bekannt und legte unter anderem: Die Regierung müsse die Macht den Gemerkschaften übergeben, um zu verhindern, daß die Feinde Ungarns seiner Produktionsmittel berauben. Nach weiteren Verhandlungen wurde die Resolution vom Sturz Bela Kuhns von der Volksmenge mit tosendem Jubel angenommen und auch von der Soldaten in der Kaserne mit Begeisterung begrüßt. Um Bitte der neuen Regierung landte die Wiener Entente-Kommission einem italienischen Offizier an die Front, der den Rumänen den Beschluß abzumitteln sollte, sofort den Vormarsch einzustellen.

Bela Kuhn in Wien.

WTB. Wien, 2. August. Rote Kugel. Bela Kuhn, der die Unzufriedenheit der Deutschen über seinen Rücktritt in Wien eingetroffen. Er wird in einem Unterwerfungsausschuss untergebracht werden.

Zur Annahme der Reichsverfassung.

Von

C. Debus, Halle a. S.

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Der verlorene Krieg erschütterte die alte Bismarcksche Verfassung des Deutschen Reiches in ihren Grundlagen, die Revolution ließ sie zusammenbrechen. Gestiftet war die Verfassung von 1871 ein Werk, unter dem Deutschland einer wirtschaftlichen Blüte entgegengeführt wurde, aber manche Hoffnungen und Wünsche die schon 1848 laut wurden, blieben unerfüllt. Weit entfernt, Deutschland zum Einheitsstaat zu formen, schuf sie ein stark partikularistisches Staatssystem, in dem Preußen tonangebend blieb. Unter preußischer Zucht und Ordnung entwickelte sich das deutsche Wirtschaftslieben. Trotz des wirtschaftlichen Wohlergehens blieb das deutsche Volk in seiner freibürgerlichen Entwicklung gegenüber anderen Völkern zurück. Die wirtschaftliche Befreiung Deutschlands wurde das gesamte deutsche politische Leben unter seinen Band. Hatte sich schon vor dem Kriege der Zustand als unhaltbar gezeigt, so mußte der Krieg auch hier bahnbrechend wirken. Nach dem Verfall der Monarchie mußte es eine der ersten Aufgaben der verfassunggebenden Nationalversammlung sein, neue Grundlagen für unser künftiges Leben zu schaffen. Als Notbehelf wurde zunächst eine Notverfassung angenommen, die das parlamentarische Regierungssystem einführte, einen provisorischen Präsidenten einsetzte und ausdrücklich die Staatshoheit dem deutschen Volke übertrug. Dann ging die Nationalversammlung an das große Werk der endgültigen Verfassung. Es ist bekannt, daß von den Volksbeauftragten bereits der bekannte Staatsrechtsprofessor Dr. Bruns mit der Fertigung des Entwurfs beauftragt wurde. Das erste Projekt des Herrn Bruns, die den Gedanken des Einheitsstaats in der Vordergrund stellte, mußte einem zweiten Entwurf weichen, der dann der Nationalversammlung zur Beratung zugeht, nachdem wiederum erhebliche Änderungen im Staatensausdruck vorgenommen worden waren. Nach einer ersten Beratung in mehreren Vollsitungen der Nationalversammlung ging der Gesetzentwurf einem Zweiglebrigen Ausschusse zu, der in 53 Sitzungen unter der Leitung des demokratischen Abgeordneten Heußmann überaus fleißige Arbeit geleistet hat. Es darf behauptet werden, daß auch diejenigen Parteien, die dem Entwurfe ablehnend gegenüberstanden, doch eifrig mitgearbeitet haben. Nicht nur die Mitglieder des Verfassungsausschusses, sondern wohl die meisten Mitglieder aller Fraktionen haben, wenn auch im beschriebenen Maße, ihre eigene praktische Arbeit geleistet.

Das deutsche Volk, ein in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ So beginnt die Einleitung zu den 173 Artikeln der Reichsverfassung. In diesem wichtigen Satze tritt der große Unterschied zwischen dem Reich von einst und dem heutigen demokratischen Deutschland hervor. Die alte Verfassung Bismarcks begann mit den bekannten Worten: Seine Majestät der König von Preußen usw. Sie brachte zum Ausdruck, daß die Verfassung ein Geschenk der Fürsten an das Volk sei. In der neuen Verfassung gibt sich das mündige Volk selbst die Grundlagen für sein künftiges Leben. Die Staatsgewalt geht vom Volke selbst. So heißt es in Artikel 1. Das Volk befreit sich aus. So deutsche Reich ist eine Republik. Diese Befreiung in Artikel 1 wurde gegen die Stimmen der Rechtsparteien gemacht. Die Mehrheit des Volkes die unzufrieden war, während des Krieges der Monarchie ungetreue, legt jetzt ein freudiges Bekenntnis zur republikanischen Staatsform ab. Das ist gleichbedeutend nicht infolge der großen Schuld der deutschen Fürsten, insbesondere des Kaisers, die unter Volk in seiner ihm ersten Stunde im Stich ließen.

Die Verfassung atmet die von dem Geist der Paulskirche. Dieses, was die alten Demokraten von 1848 in die Feder nicht zur Wirklichkeit gewordenen Reichsverfassung liegen, ist jetzt Wahrheit geworden. Wichtiges ist auch aus der alten Verfassung übernommen, aber der Aufbau und der Geist sind andere geworden.

Die Verfassung besteht aus zwei Hauptteilen. Der erste Hauptteil behandelt den Aufbau und die Aufgaben des Reiches. Hier werden wieder die einzelnen Gebiete in besonderen Abschnitten festgelegt. Der erste Abschnitt bringt Bestimmungen über das Reich und die Länder. Der Ausdruck Bundesstaaten ist überall verschwunden. Hier werden Reichsgesetz, Reichsgerichte, Staatsgewalt und die Befestigung des Reichs vor behaltenden Gesetzgebere behandelt. Der zweite Abschnitt ist dem Reichstage gewidmet, während der dritte Abschnitt sich mit dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung beschäftigt. Im vierten Abschnitt wird der an Stelle des Bundesrats getreten, freilich mit viel

wiel weniger Bedürfnissen ausgefallene Reichsrat behandelte. Der fünfte Abschnitt spricht von der Reichsgesetzgebung. Und im letzten und lebendsten Abschnitt kommen die Reichsverwaltung und die Reichsorgane zur Behandlung. Der zweite Hauptteil hat die Grundrechte und die Pflichten der Deutschen feilgelegt. Hier lautet die fünf wichtigsten von der Einzelperson, dem Gemeinwesen, den Familien, den Vereinen, den Gesellschaften, den Verbänden und Schulen und dem Weltbürgerleben. Ein Artikel hat den Übergangsbestimmungen gewidmet.

Die Frage ist vielfach aufgeworfen worden, ob es zweckmäßig wäre, die Grundrechte überhaupt in die Verfassung aufzunehmen. Nur mit Widerstreben ist Dr. Bruch an diesen Beratungen. In dem Auschluss hat man bei der Beratung der Verfassung selber die Hand dazu gegeben, aus Aussagen bestimmter Reichsräte, eine Fülle von Einzelfragen aufzuheben, die demnach durch besondere oder durch die bestehenden Gesetze geregelt werden müssen. Noch während der zweiten und dritten Lesung schwebten Verhandlungen, ob es sich nicht empfehlen, die Grundrechte ganz aus der Verfassung herauszulassen. Es ist gut, daß man diese Absicht abgewiesen hat. Reine Bevölkerungsfrage würden das nicht vorzuziehen haben, nachdem beispielsweise die Kirchen- und Schulangelegenheiten bei den Beratungen eingenommen hätten. Andererseits drohte mehr als einmal die Unmöglichkeit der Regierungspartei an den Grundrechten in die Brüche zu gehen. Es bedurfte sehr weitem Entgegenkommens von allen Seiten, um schließlich zu einer Einigung zu kommen. Die Angehörigen auf dem Gebiete der Kirche und Schule sind namentlich von den Sozialdemokraten schwer zu überzeugen, auch für viele Demokraten läßt das Schulprogramm keine reine Freude aufkommen. Ans die aber das was ein Reichsrat werden, der die Verfassung angenommen hätte. Andererseits drohte mehr als einmal die Unmöglichkeit der Regierungspartei an den Grundrechten in die Brüche zu gehen. Es bedurfte sehr weitem Entgegenkommens von allen Seiten, um schließlich zu einer Einigung zu kommen. Die Angehörigen auf dem Gebiete der Kirche und Schule sind namentlich von den Sozialdemokraten schwer zu überzeugen, auch für viele Demokraten läßt das Schulprogramm keine reine Freude aufkommen. Ans die aber das was ein Reichsrat werden, der die Verfassung angenommen hätte.

Wenn wir Demokraten allein die Verfassung hätten machen können, würde sie etwas anders ausschauen. Vor allem würden wir den Einheitsstaat ins Leben gerufen haben. Die Sozialdemokratie hat hier den besten Augenblick verpaßt. Als im November die Monarchie diese schweren Hindernisse beim Einheitsstaat zum Entschließen, wäre es größtmögliche Leicht gewesen, den Einheitsstaat herzustellen. Unentschiedenheit und persönlicher Eigennutz liegen die große Gefahr vor. Deshalb mußte man versuchen, die Staaten an die Hand zu nehmen. Das scheint sich jetzt zu vollziehen, wenn auch unter dem Druck des Friedensvertrages noch einige neue Staaten schließlich sich bilden werden. Daneben war es die erste Aufgabe der Nationalversammlung, die Ergebnisse der Einzelstaaten im Interesse des Reiches zu koordinieren. Das ist in so fernem Umfange geschehen und wird weiter schon in nächster Zeit erfolgen, daß eigentlich nur noch ein Reichspräsident ernannt werden kann. Eine große Reihe von Gebieten, die ehemals der Gesetzgebung der Bundesstaaten unterstanden, sind jetzt der Gesetzgebung des Reiches ausgeliefert worden. Gerade wir Deutschen Demokraten begrüßen dies und hoffen, daß die weitere Entwidlung uns den völligen Einheitsstaat bringen wird. Die Last der finanziellen Verpflichtungen zwingt zu einer strengen Veranschlagung, die den Einzelstaaten das Schicksal ausbleiben wird. Was die Verfassung nicht voll erreicht hat, muß sich auf natürlichem Wege von selbst vollziehen.

Die einzelnen Fragen, welche in der Verfassung festgelegt sind, werden in der Öffentlichkeit und im Parteikampfe noch lange Zeit eine große Rolle spielen. Die Reichsparteien haben die Verfassung, ob einmal weil sie republikanischen Charakter habe, und zum anderen, weil sie extrem demokratisch gehalten ist. Die Unabhängigen wiederum stehen auf dem Standpunkte, daß sie viel zu restriktiv ist und für sie nur eine Verfassung in Frage käme, die die Räteverfassung heißt. Die Wahrheit scheint in der Mitte zu liegen. Die drei Reichsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten als die eigentlichen Träger der Verfassung müßten, wollten sie etwas Brauchbares zustande bringen, gegenläufige Zugeständnisse machen. Das ist jedoch jetzt unmöglich, läßt sich aber zur Erzielung praktischer Arbeit nicht ändern. Trotz mancher Mängel ist in der Verfassung doch ein Wert geschaffen worden, was sie durchaus leben lassen kann. Manche Bestimmungen, die sich unabhängigen Sach ausbleiben, werden bei fortwährender Entscheidung nicht Stand halten können. Das gilt namentlich auch von den Zukunftsfragen. Die sind grundlegenden Forderungen der Demokratie, für die die besten unserer Väter sprachlos ihre Kräfte einsetzen haben, in der Verfassung verwirklicht worden. Das deutsche Volk hat die freie Verfassung der Welt. Eine solche Verfassung legt eine große politische Reife der Bevölkerung voraus. Sie ist noch lange nicht überall vorhanden. Es muß deshalb eine der Hauptaufgaben der Zukunft sein, das Volk zu politischem Denken und zur politischen Verantwortung zu erziehen.

Die deutsche demokratische Partei kann mit besonderer Genugtuung auf ihre Arbeit am Verfassungswerke zurückblicken. Der Entwurf war das geistige Erzeugnis eines Demokraten; die Leitung des Ausschusses lag wiederum in den Händen eines demokratischen Abgeordneten. Bei sehr vielen wichtigen Fragen war die demokratische Partei richtunggebend. Unter der neuen Verfassung soll das deutsche Volk wieder zu kraftvollem Handeln leben gelehrt werden. Auf den ersten Blick erscheinen die Auslöcher dazu nicht besonders günstig. Aus tausend Wunden kletert ein in einem mörderischen Kriege farb geschwächtes Volk. Schwer läßt die Hand der Sieger auf ihm. In unzähliger Weise wertvoller Gebietsteile und Millionen treuer Volksgenossen beraubt, schmachtet es in schweren wirtschaftlichen Not. Da muß es sich aufrichten können durch möglichst freibleibende Staatseinstellungen. Da dürfen keine Standesunterschiede unter Volk herrschen, da darf keine Ausbeutung stattfinden, die sich von sozialen Ungleichheiten herleitet und die nicht die Zukunft hinter sich hat. Die Gesamtheit des Volkes vor sich sieht. Dem trägt die neue Verfassung Rechnung. In der Tatsache, daß das große Volk in Weimar zustandekommen ist, liegt mehr als lediglich symbolische Bedeutung. Der Geist von Weimar soll unter künftigen Staatseinstellungen beherzigen. Wenn das geschehen wird, dann werden wir bei äußerster Anspannung auch die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht aufgeben brauchen. Der 31. Juli 1919 muß der Ausgangspunkt sein, den ersten Willen zur treuen Arbeit, zum gegenseitigen Respekt und zum Wohlwollen und zum Glauben an die endliche Gerechtigkeit, die uns die Welt bereichern wird.

unter den Wölfen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts bringen wird. Das legt uns immer hoffen. Und nun Glück auf das schwergeprüfte, liebes, deutsches Volk auf dem ferneren Wege. Gottes Segen begleite dich.

Maßnahmenberatung zur Erhöhung der Kohlenförderung.

Berlin, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reichskabinett kommt erst im Laufe der nächsten Woche nach Berlin. Der Ministerpräsident hat für Mittwoch die Vertreter der Bergbauarbeiterorganisationen, die Gewerkschaftszentrale, die Zentrale der Arbeitgeberorganisationen des rheinisch-westfälischen Bergbauverbandes und der ober-sächsischen Jägers nach Berlin eingeladen. Es wird hier über die Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlenförderung beraten werden.

Rückkehr der Regierung nach Berlin.

WTB. Berlin, 2. August. Die Regierung wird, wie wir erfahren, erst Anfang nächster Woche nach Berlin zurückkehren.

Vollziehung des Staatenaussschlusses.

WTB. Weimar, 2. August. (Drahtnachricht.) In der gestern unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erberger abgehaltenen Vollziehung des Staatenaussschlusses wurde dem Entwurf eines Reichsbediensteten-Gesetzes, einer Verordnung zur Ausführung der Reichsgerichtsordnung für die Jahre 1919, eines Gesetzes betreffend die Überführung des Eisenbahnerwerkes und der Eisenbahnräte-Verordnung in Reichsbefehl, sowie eines Gesetzes betreffend die vorübergehende Verhinderung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichsbahn für das Rechnungsjahr 1919 genehmigt.

Zum Fall Erberger.

WTB. Weimar, 2. August. Aus dem Telegraphenbüro des Reichsfinanzministeriums wird mitgeteilt: Der Eigenschaft gegen den Reichsminister Erberger wird von den Blättern der Reichspresse. Erst gestern wurde festgestellt, daß die „Kreuzzeitung“ die jedoch durch den „Münchener Anzeiger“ bestätigt wurde. Er habe weder den Inhalt des Ratens des „Münchener Anzeiger“, noch die Antwort des Reichsleiters Michaelis durch „Bacelli“ selbst erfahren, gegen besseres Wissen unter dem Titel veröffentlicht: „Neue Unwahrheiten Erberger“. Diese Veröffentlichung die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Anglo-Sächsische Zeitung“ der national-freien Reichspresse in betreffender Melldauer „Justiz“, in dessen Darstellung Erberger über die Behauptung und Behandlung des englischen Friedensstifters durch die deutsche Regierung vollständig bestätigt wird, ebenfalls unter Überfertigung: „Der Fall gegen Erberger“. Eine Forderung Erbergers durch den „Baltzer“, also in einer Form, welche in keinem Gegensatz zu den Tatsachen liegt. Es muß jedoch um die Sache der Opposition bestellt sein, wenn sich ihre Presse solcher verwerflicher Mittel bedient.

Prinz Max von Baden will antworten.

Seidelberg, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) Wie das „Seidelberger Tageblatt“ erfährt, hat sich Prinz Max von Baden entschlossen, auf die vielen Angriffe von konservativer Seite zu antworten. Seine Erwiderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Angriffe auf seine Person, die aus der Zeit während seiner Reichskanzlerschaft, der Herbeiführung des Waffenstillstandes und der Abdankung des Kaisers herkommen. Die Ausarbeitung wird dieser Tage erfolgen.

Frieden auf den Schießplätzen.

WTB. Essen, 2. August. (Drahtnachricht.) Nach Mitteilung der Firma Krupp erfahren die Schießplätze Essen, Weppen und Tangerhütte einschneidende Veränderungen. Infolge des Versailles Friedensvertrages sind die Belegungen der Plätze auf weniger als ein Viertel vermindert worden. Der Schießplatz Essen wird als Versuchsschießplatz für landwirtschaftliche Maschinen und Holzgerätschaften dienen. Dem Schießplatz Tangerhütte werden die Aufnahmestellen für ein Jagd- und Sportvergnügen. Dann scheidet der Platz aus den Krupp'schen Betrieben aus. Der Schießplatz Weppen wird vorläufig beibehalten, da die Jagdverträge noch einige Jahre laufen. Er soll dann anderen Zwecken dienbar gemacht und vielleicht auch ganz stillgelegt werden.

Die Räumung von Livland.

Saag, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Daily Chronicle“ meldet, wird in der neuen Note des Vorkriegs alliierten die Räumung eines vollständigen Planes zur Räumung von Livland gewährt werden. Die Räumung selbst muß bis zum 20. August geschehen sein, und für den Fall, daß es notwendig ist, wird die englische Admiralität Transportschiffe zur Verfügung stellen.

Schlechte Enten Nachrichten aus Amerika.

Kopenhagen, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Washingtoner Meldungen hat eine kaum dagemeine Hitze und Trockenheit die Ernte Amerikas unendlich verringert und den Ernterückgang für Europa fast vernichtet. Mais und Bohnen wolle haben erheblichen Schaden erlitten. Der Preis für Mais erreichte eine bisher unbekannt Höhe.

Der Streit um die Freiheit der Meere.

Saag, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) „Das Landish Bureau“ meldet aus New-York: „Hollands trafen ihre Nachrichten ein, daß die amerikanische Mission im Antrage ihrer Regierung die Freiheit der Meere in den Vorbergründ rühte und daß sie Stellung gegen das von England beantragte Recht der Unterscheidung von Handelsflotten, die nach einem nicht kriegführenden Lande unterwegs sind, nimmt.“

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

WTB. Berlin, 2. August. In dem der Nationalversammlung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, heißt es unter anderem: Das Reich ist beauftragt, gegen eine gewisse Entschädigung zu übernehmen: 1. Anlagen, welche zur Herstellung von elektrischer Arbeit in einer Spannung von 5000 Volt und mehr bestimmt sind und zur Verbindung mehrerer Kraftwerke dienen; 2. Anlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit (Elektrizitätswerke) mit einer installierten Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr, welche nicht ganz oder überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe bestimmt sind, einschließlich des Eigentums an den in Ausübung dieser Rechte errichteten Anlagen und das Recht auf Benutzung technischer Vorarbeiten.

Ein Antrag eines Landes ist das Reich verpflichtet, dessen 2/3 zu übernehmen, wenn das Land die in Absatz 1 genannten Anlagen und Rechte die auf die beizuliegenden Rechte und Pflichten der bisherigen Eigentümer und der Berechtigten gegenüber Dritten aus dem Reich über den Berechtigten ist eine ungenutzte Entschädigung zu gewähren. Es soll in der Regel in der Beteiligung an den übernommenen Rechten und Anlagen bestehen.

Paragraf 7 führt aus, daß, wenn eine vertragliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten über Übernahme und Einbringung von Anlagen und Rechte nicht zustande kommt, ein Schiedsgericht entscheidet.

Nach Paragraf 5 hat das Reich vor der Ausführung eigener Leistungsanlagen in einem Lande die Landesbehörde zu hören, welche die bestehende Nutzung der Leistungsanlagen der Elektrizitätswirtschaft ermittelt. Die Zustimmung des Staatenausschusses einen Beirat, indem die Länder 2/3 der Stimmen haben. (Paragraf 18).

Nach Paragraf 29 wird dem Reichsfinanzminister für die Durchführung des Gesetzes ein Geldbetrag bis zu einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt.

In der Begründung des Gesetzes wird ausgeführt, daß die Elektrizitätswirtschaft im Sinne des Paragrafen 2 des Sozialisierungsgesetzes vom 23. März 1919 als sozialisierungsfähig angesehen werden muß. Die Herstellung in zahlreichen Gemeinden und Städten — zurzeit bestehen in Deutschland über 1000 Elektrizitätswerke — hat vielfach zur Entleerung wirtschaftlicher Werte geführt. Für die künftige deutsche Wirtschaft muß mit einem großen Kohlenmangel gerechnet werden. Wesentlich zu bringen gebietet es, zur Energieerzeugung Deutschlands in weit größerem Umfange als bisher die Wasserkraft zu benutzten.

Internationaler Gewerkschafts-Kongress.

(Fortsetzung aus der Sonnabend-Abendnummer.)

8. Windstöße. A. Windstöße. Es wird bemerkt, daß der Friedensvertrag die Forderungen der Arbeiter bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Frage der Arbeiterversicherung nicht erfüllt, und es wird darauf hingewiesen, daß im Friedensvertrag nichts Neues von wirklicher Bedeutung enthalten ist, und daß ohne das internationale Arbeiterrecht der Völkerbund kraftlos und der Friede unvollkommen ist.

Die Resolution schließt: Angehörig der Tatsache, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen nicht festgelegt hat, bekräftigt der internationale Kongress von Amsterdam das Bemühen auf, dieselben vollständig und unmittelbar zu verwirklichen. Zoubay begründete den Antrag, die Kongress istigt an Stelle der oben genannten Resolution einen Antrag vor, indem es heißt:

Der internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß das Arbeitsabkommen, wie es in den Friedensvertrag aufgenommen worden ist, die Forderungen der Arbeiterklasse nicht vollständig zum Ausdruck bringt.

Compens beobachtet, daß die Kommission ihre Resolution unterbreitet habe und erklärte, verabschiedete seiner Anträge seien in Berlin nicht angenommen worden. Compens trat dafür ein, daß der Kongress des Arbeiterabkommens im Friedensvertrag, wenn es auch vieles enthalte, nicht wünschenswert sei, nicht abnehmen möge, erklärte die Welt könne in einem Tage durch die Annahme einer Resolution verbessert werden. Grünwald (Österreich) bekämpfte die Resolution Compens und erklärte, Compens sei eine zu vergessen, daß man sich auf einem Kongress von Arbeitern befinde, und nicht auf der Friedenskonferenz. Zoubay (Frankreich) sagte, seine eigene Stellung sei heiliger Natur, da auch er an der Konferenz von Versailles teilgenommen habe. Er äußerte jedoch nicht, anerkennend, daß der Kongress einstimmig das Bemühen der Arbeiterklasse bekräftigt.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution der Kommission mit 31 gegen die Resolution Compens, die 20 Stimmen erhielt, angenommen.

Zoubay brachte seine Bemerkung über die Annahme der Kommissionsresolution zum Ausdruck, wundert sich jedoch darüber, daß die englische Delegation dagegen getrimmt habe, obwohl sie in der Kommission dafür eingetreten ist.

Der Kongress wurde am Sonnabend, 11 Uhr, vertagt.

Der Ruin Deutsch-Osterreichs.

WTB. Wien, 2. August. In einer vom Reich für Maßnahmen einbehaltenen Protokollverhandlung gegen die Friedensbedingungen beabsichtigt der Staatssekretär der Finanzen Schimtzner, die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen als geradezu absurd. Das Prinzip, daß Deutsch-Osterreich der einzige Rechtsnachfolger des alten Osterreichs ist, sei ein höchst unrichtiger Weg. Er verlangt für die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Nationalstaaten ein eigenes System von wirtschaftlichen und politischen Bestimmungen, eine vollständige Veränderung der Bestimmungen über die alten Verbindlichkeiten des Staates, sowie über Kriegsausgaben und Banknotensoll, und bezieht die Behandlung dieser Frage durch den Friedensvertrag als den Ruin Deutsch-Osterreichs. Der Staatssekretär erklärte, wenn man mit unrichtigen Bestimmungen einverstanden wird, werden wir imstande sein, alle Verpflichtungen auszuführen. Compens erklärte, die Entscheidung einmütig angenommen, in der festgestellt wird, daß die Friedensbedingungen in ihrer jetzigen Fassung für Deutsch-Osterreich die sofortigen Bankrott und den Zusammenbruch aller Delegationen bedeuten. Die Entscheidung verlangt, daß Deutsch-Osterreich eingeleitet werden, eine Lebensinteressen in mündlichen Verhandlungen geltend zu machen.

Die italienischen Sozialisten gegen den Friedensvertrag.

Rapel, 2. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet von den italienischen Grenzen: Die offiziellen Sozialisten beschließen in ihrer allgemeinen Sitzung gegen die Ratifizierung des Versailles Friedensvertrages zu stimmen.

Die Schweizer Streikbewegung.

WTB Bern, 2. August. (Drachnachricht.) (Schweizerische Depeschengesellschaft.) Die Streikleitung der Arbeiterunion hat der Regierung erklärt, die Arbeiter der Stadt Zürich würden im Generalstreik verharren, bis die Durchführung folgender Forderungen gefordert ist: 1. Sofortiger Preisnachlass für sämtliche Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände; 2. Verhinderung jedes Mißbräuchs von Kraft; 3. Beschlagnahme von Stoffen und Schuhen; 4. Herabsetzung der Mietpreise und Rationalisierung der Wohnungen.

WTB Bern, 2. August. (Drachnachricht.) Antifisch. In einer Konferenz mit Delegierten des Bundesrats und des Regierungsrates Basel-Stadt haben die Delegierten des Bundesrates erklärt, daß die Frage der Herabsetzung des Milchpreises und des Preises für Mehl und Getreide geprüft werde, und auch ohne das Druckmittel des Streiks möglichst schnell gelöst werden solle. In den nächsten Tagen werde ein Ausschuss zu ihrer Prüfung zusammentreten.

WTB Bern, 2. August. (Drachnachricht.) Die Neue Zürcher Zeitung glaubt feststellen zu können, daß der Zustand in Basel aus dem Rahmen eines gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Streiks weit hinausgewichen sei, und daß der Streik in Zürich den vornehmsten rein politischen Status sei. Auch die Mächte verweisen mit Nachdruck auf die wachsende Fährdung im ganzen Lande.

Auslieferung sämtlicher Luftschiffe Deutschlands.

WTB Versailles, 1. August. General Seely beantragte englischen Blättern vom 30. Juli zufolge die Anfrage, wieviel deutsche Luftschiffe gemäß den Friedensbedingungen England zugewiesen werden, dahin, daß nach den Friedensbedingungen alle deutschen Luftschiffe den Alliierten ausgeliefert werden müßten, aber die genaue Zahl der England zugewiesenen Luftschiffe sei noch unbekannt. Die Luftschiffe würden in Deutschland übernommen.

Die Kassenläufe in Chicago.

WTB Amsterdam, 1. August. "Telegraph" meldet: Die "Times" erzählt aus New-York, daß hohe Beamte des Staates Illinois die Lage in Chicago als ernst erklärten. Obwohl 5000 Mann Militär durch die Straßen patrouillieren, droht der Terrorismus noch immer fort. Welche Chancen fliehen 41 von Regierern besetzte Häuser an. Der Führer der Regierungsbewegung erklärte, daß viele Regierern von Hungernot bedroht werden, weil die Arbeiter mit Lebensmittelmängeln sich nicht in das Regiererteil trauen. Im weitere Zusammenstöße zu verhindern, wurde eine Truppenenteil um dieses Viertel gezogen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Kalipreisverhöhung.

Die 17. Sitzung des Reichskalifornates. — Einmündiger Beschluß. In der Sitzung des Reichskalifornates am Freitag, die unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Müller im Reichswirtschaftsministerium stattfand, wurde der Unterstaatssekretär A. D. De Richter zum Vorsitzenden und der bekannte mehrheitsfähige Reichsbevollmächtigter Sahl zum Stellvertreter des Reichskalifornates ernannt. Es wurde einstimmig beschlossen, die bereits von uns angeführten Vorschläge des Kalifornates auf Preisverhöhung, anzunehmen. Danach tritt zu den bisher geltenden Preisen ein Aufschlag von 55 bis 60 Proc. Die herbe Preissteigerung wurde in der Sitzung damit begründet, daß die neuen Arbeitslöhne in der Kalifornie einer Mehrfachung von 50 Millionen an Materialkosten. Die neuen Arbeitslöhne treten mit Rücksichtung vom 1. Juli in Kraft. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Kohlenpreissteigerungen die Kalifornie mit mehr als 58 Millionen Mark belasten.

Weiter die Sitzung wird nach folgendem Röhre berichtet: Die Forderungen des Kalifornates auf eine durchgehende Preisverhöhung begründete als Vertreter der Engländer Generaldirektor Forthmann am Kalifornat in eingehender Weise. Er verzichtete auf die außerordentliche Steigerung der Eisenpreise durch die Kohlenpreisverhöhung und durch die Rohkohlenerzeugung, die der Kalifornie mit Rücksichtung des 1. Juli abgeschlossen Reichsfortsetzung für die Kalifornie den Wert an sich, besagte ferner an Hand reicher Zahlenmaterials die unangünstigen Folgen des Kohlenmangels und der Eisenpreise, die im Westen mit den vorher erwähnten neuen Löhnen dazu geführt hatten, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Werke mit Verlusten und Verlusten arbeitete, die ihren weiteren Bestand gefährdeten und dadurch außerordentlich schwere Verluste an Nationalerträgen und an der Ausfuhr und weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit herbeiführen drohen.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beklagte diese Ausführungen vollständig und betonte, daß das Kalifornat für seine Preisverhöhungswünsche überzeugende und schätzbare Gründe beibrachte, welche jedoch sich die Regierung nicht habe verschließen können. Die landwirtschaftlichen Vertreter machten den Vorschlag, eine Kommission aus der Mitte der Verammlung zur nachträglichen Prüfung der Angaben zu bilden; die Vertreter der Industrie betonten, daß ihnen eine solche Nachprüfung durch Verbrauchervertreter nur ungenügen sein könne, da dadurch weiteren Kreisen die Notlage der Kalifornie bekannt werden dürfte.

Es wurde Johann eine ab 1. August wirksame Preisverhöhung für Kali und Kalizeergewinn beschlossen, die je nach der Güte der verschiedenen Erze 55 bis 60 Proc. beträgt. Am niedrigsten wurde die Erhöhung für die niedrigprozentigen Erze und Kalizeergewinn, bei deren Herstellung weniger Kohle verbraucht wird, bemessen, während am höchsten die hochprozentigen Erze betroffen wurden, die harten Kohlenverbrauch bedingen. Die Zustimmung der landwirtschaftlichen Vertreter zu dieser ohne Vorbehalt erfolgte.

Dem Kalifornat wurde angedeutet, aus Grund der neuen Preise über Rohabfälle und Rückergüter für Weinbergbauzulieferungen neue Bestimmungen ausgearbeitet und mit seinen Abnehmern zu beraten. Die einmündige Festlegung dieser Bestimmungen wird dann auf Grund der Ergebnisse dieser Beratungen Sache der zweiten Tagung des Reichskalifornates sein, die für Mitte September in Aussicht genommen ist.

Börsenstimmungsbericht.

Berlin, 2. August. Bei unverändert stillen Geschäft hat sich das Bild an der Börse nur wenig verändert. Für Kriegsanleihe, Schatzanleihe und alte heimische Renten war die Stimmung heute etwas besser in Zusammenhang mit einer angenehmen Erholung der letzten Valuta im Ausland. Kriegsanleihe notierte bei stillen Geschäft ungefähr 91. Starker in Kurs erholt waren ausländische Renten, auf den Sturz der Kalkulation, Deutscher Reichsrente. Ingen bei unverändert stillen Geschäft. Valutaveränderungen unklar für Kursaufbau. Abgeschwächt waren Kanada und Zinkfällige Tabakaktien. Schiffahrtaktien notierten ungefähr 1 Prozent ab. Am Montanmarkt erlitten die meisten oberirdischen Werke weitere Preisrückgänge, so Bismarckwerke um 1/2 Prozent. Dagegen waren Reitaner um 1/4 Sarperent um 2 Prozent gehoben. Bei den übrigen Werken war die Kursbildung sehr ungleichmäßig. Chemische Aktien notierten bei kleinen Umsätzen bis zu 3/4 Prozent niedriger. Beste Haltung zeigte wieder Petroleumaktien unter Bezugnahme von Senan Romana. Doch konnten die höchsten Lagerpreise nicht ganz behauptet werden. Im späteren Verkehr waren die Verhandlungen bei unverändert stillen Geschäft belanlos.

Devisenliste.

Die amtlichen Stimmungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung mit vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute.		Vorheriger Tag.	
	Gold	Weise	Gold	Weise
New York	1 Doll.	—	—	—
Sankt Pauli	100 M.	45,00	44,80	44,80
Banamerik	100 Kr.	379,00	379,50	379,50
Schweden	100 Kr.	415,00	415,50	415,50
Norwegen	100 Kr.	395,00	395,50	395,50
Dänemark	100 Kr.	389,00	389,25	389,25
Schweden	100 Kr.	43,45	43,55	43,55
Ungarn	100 Kr.	—	—	—
Schweden	100 Lewa	—	—	—
Russland	Gold	—	—	—
	Weise	—	—	—
Spanien	100 Pesetas	335,00	335,00	335,00
Österreich	100 Kronen	120,75	120,75	120,75

Produktenbericht.

Berlin, 2. August. Nach wie vor hält sich das Geschäft im freien Warenverkehr in engen Grenzen. Von Kupfen bleibt überre zu Futterweiden viel angeboten, und die Lage in Serradella hat eine Veränderung nicht erfahren. Viel Angebot zeigt sich in Süßholzwursten, ohne daß sich diese aber unterbringen ließen. So wird Dörrfleisch zu Futterweiden zu 25—30 Mark fest angeboten; doch findet dieses Angebot keine Käufer, da die Süßholzwursten teurer als an ungefähr halben Preise zur Verfertigung notieren. Im Getreide ist noch viel Ware am Markt; doch ist das Angebot weniger dringlich als bisher. Wetter: trüb.

"Union", Fabrik chemischer Produkte in Stettin. Die Gesellschaft beabsichtigt 1900/10 200.000 Stk. Ester, vollgepackte und 200.000 Pfd. Ester, halbbelegte Aktien der Pacific Phosphate Co., von denen sie 1000/10 insgesamt 10.000 Pfd. Ester, od. 100.000 Stk. Ester, Gemine vorstelle. Im Jahre 1917 wurde die deutsche Beteiligung an der Pacific Phosphate Co. in London verkauft. Nach einer aus London eingehenden Meldung hat nun Lord Balfour, der Präsident der Pacific Phosphate Co., in der Generalversammlung erklärt, daß man bisher viel von dem deutschen Einbringen in britische Schiffen gehört habe. Dieses Mal sei es jedoch umgekehrt. Die Pacific Phosphate Co. laufe (1) die wertvolle Konzession von Deutschland und beutet jetzt die reichen Phosphatlager der Insel Maurus aus. Des Geschäftes hat sich als überaus lohnend erwiesen. Die deutschen Gesellschaften sind einem anderen Konzern angegliedert worden. — Ein Teil der Aktien der "Union" Fabrik chemischer Produkte befindet sich beinahe vollständig in britischen Händen und Chemischen Fabriken Akt.-Ges.

Kommunalrat des Strohverkehrs. Die untere Delegation, besitzt der Kommune Strohverkehr für die Mittel- und Untere Delegation. Die untere Delegation, besitzt der Kommune Strohverkehr für die Mittel- und Untere Delegation. Die untere Delegation, besitzt der Kommune Strohverkehr für die Mittel- und Untere Delegation.

Die Papierhandlung Akt.-Ges. in Berlin (vormals Thun und Schwanen) Holz- und Papierhandlung Akt.-Ges., hat für 1918 einen Gewinn von 188.612 Mk. (v. 188.612 Mk.) erzielt, woraus 6 Proc. (10.716 Mk.) Dividende verteilt werden.

Hebung der Eisenbahn-Tarife. Ein von den Eisenbahnen vorgeschlagener Tarif für 1918, der den Eisenbahnen einen großen Gewinn bringen würde, ist durch den Reichstag abgelehnt worden. Der Reichstag hat beschlossen, die Eisenbahnen-Tarife für 1918 auf dem bisherigen Stande zu belassen.

Berliner Börse

vom 2. August 1918.		Telegraph.	Preis
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00		
Halbes.-Blauk. Halle-Hettstedt	70,00		
Schiffahrts-Aktien	101,00		
Bank-Aktionen	129,75		
Industrie-Aktionen	244,00		
Deutsche Bank	166,87		
Dresdner Bank	120,00		
Disconto- und Komm.-Bank	120,00</		

Paul Schauseil & Co.
Halle a./S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg,
Gräfenhainichen.

**An- und Verkauf
von Wertpapieren,**
ausländischen Banknoten
und Geldsorten.

**Scheck-
Konto-Korrent-
Wechsel-
Verkehr.**
Domizilstelle für Wechsel.
Einlösung von Zinsscheinen.

Annahme und Verzinsung von
Spar-Einlagen (Depositen).
Stahlkammer
mit verriegelbaren Schliessmechanismen.

Kaffeegarten Trotha.
Beliebter Ausflugsort.
Kaffee, Kuchen und Torten. Freyberg-Brau.
Div. Weine. Ergebenst leidet ein Otto Kuhn.

Norderney
Seit 1880 größtes Badeort
auf der Ostküste von Ostfriesland.
Beliebter Ausflugsort.
Kaffee, Kuchen und Torten. Freyberg-Brau.
Div. Weine. Ergebenst leidet ein Otto Kuhn.

**Dr. Starcke's Sanatorium „Schloß Marth“
Bad Berka i. Thür. Wald**
Nerven-, Herz-, Magen-, Darmkrankheiten, Unterernährung,
Hirnerkrankungen. Sorgfältige ärztliche Behandlung, gute
Verpflegung, herrliche Lage in ruhiger und gesunder
Waldgegend. — Unbeschränkter Kurbetrieb.
Prospekte.

WANGEROOGE
Nordseebad Prospekte versendet
die Badekommission

**Wald-Sanatorium
Sommerstein**
bei Saalfeld i. Thür.
Vortreffliche Verpflegung.
Kurgewässer, Kurbäder,
Kneipen, Schwitz- u. a.
Bäder.

Gernrode a. H.
direkt am Hotel u. Pensionats
Stutenberg Vortreffliche
Komfort Verpflegung.
Fernruf 30.
Bes.: H. Schulze.

Jalousien, Rolläden, Rollwände
Hilfen und reparieren h 1883 1
Franz Rudolph & Co., Krausenstr. 16.
Fernspr. 2106.

**Reparatur-
Werkstätten für
elektr. Maschinen
u. Apparate.**
Ankerwicklungen
Kollektorenbau.
Kurze Lieferfristen.
—Mässige Preise—
Past.
A 1775 **Geiststr. 28.**

E. Renfle, Dentist,
Lessingstrasse 8. — Fernsprecher 3966.
Strassenbahn-Haltestelle: V 2076 5
Ludwig-Wucherer-Strasse—Lessingstrasse.

!!! In jeder Ehe !!!
solle unbedingt das neueste Werk von F. Robert
mit 26 erläuternden Abbildungen:
Die Offenbarungen im Geschlechtlichen
gelesen werden. Was der Wissenschaft ist das Buch
rücksichtslos anerkannt. Jeder war es in letzter
Zeit verwehrt. Was das Glück seiner Ehe lehren,
die Frauen, welche Eheleute so oft während der letzten
Jahre empfanden, beibringen mit, den empfinden
mit dieses aufklärende Werk. Es wird wie eine
Wiederholung von Not und Pein empfunden werden.
Mit 450 Bildern 20 Bde. mit. Berlin K. H. H. H. H.
Geleit. 772, Weidenstr. 27. A 240 4

**Fürstlich Stollberg'sches Hüttenamt
Ilseburg**
fertigt als Spezialität:
güßerne Fenster
in allen Grössen und
Formen ohne Modell-
kostenberechnung bei
Mittleren Preisen. Grös-
te Haltbarkeit gegenüber
holzerne und schmied-
eiserne Fenster a garan-
tiert. Bei Anfragen u.
Bestellungen Angabe der
lichten Fensteröffnungen
erforderlich. — An Archi-
tekten, Baumeister, Eisen-
oder Metallarbeitenhandlungen, Musterbuch
und Preislisten gratis.

Erholungsbedürftige
Herrliche Ausflugsort.
Beliebter Ausflugsort.
Kaffee, Kuchen und Torten. Freyberg-Brau.
Div. Weine. Ergebenst leidet ein Otto Kuhn.

Nach Rügen
Schnelldampfer „Hertha“
ab Stettin
Mittwochs und Sonntags
6^h vorm.
auf direkte Kurten.
Stettiner Dampfschiff-
Gesellschaft
F. H. Brauerlich, G. m. b. H.,
in Berlin: Ostseebäder-
verband, U. d. Linden 78a.

Angebot:
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
ca. 150 Zimmer
in einjähriger bis ganz
reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Alb. Marthel Wadl.
Inh. Rich. Ziemer,
Halle a. S., A. P. Markt 2.

Zur Erwerbsfindung
5000 chemisch-technische Be-
rufung M. 10. — 1000 chemisch-
technische Berufung M. 6. —
M. 15. —. Jede Woche
aus Chemikern i. Rang. 6.
Geleg. Stillsitzen.
L. Schwarz & Comp.,
Berlingsbühndlung.
Stettin F. H. 14, Wannenstr. 24.

**Zickzack-
Parkett**
in Eiche u. Buche
vortzgl. trockene
Ware, sehr preis-
wert lieferbar
Hönemann
Halle (Saale)
Büro: Am Bauhof 1
Fernruf: 5849 u. 3631

Thalia-Theater.
Friedrichstr. 681a. Geiststrasse 42 a.
Seit Sonntag nur samstags 3^h, Uhr
Gastspiel des „Baltener-Theaters“, Leipzig
Direktion: Paul Baumgarten:
„Verlorene Töchter“
(Neben 100 aufeinanderfolgende Aufführungen am „Baltener-Theater“ in Leipzig.)
Zur Aufklärung, Belehrung und Warnung für alle
deutschen Jünglinge und Mädchen.
(Für Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.)
Morgen und folgende Tage: „Verlorene Töchter“
Sonder-Vorstellung in den Jünglings-Abteilungen: Womack & Schmidt, Geibstraße 22,
C. Gehring, Große Wilsdruffer, Ecke Alte Frauenstraße und Bierhagenstraße, A 329 5
Schnitzhofe.

50 Millionen Mark
4^h Mitteldeutsche Kommunalanleihe von 1919
(mündelsicher)
weder hiermit — zunächst in einem Teilbetrage von 30 Millionen Mark
zum Kurse von 94,50 %
für je 100. — Mk. Nennwert zur Zeichnung aufgelegt.
Die Schuldverschreibungen werden von dem Kommunalen
Giroverband für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt in Magde-
burg unter Haftung sämtlicher ihm angeschlossenen Städte,
Kreise und selbständigen Sparkassen in der Provinz Sachsen,
Anhalt und den thüringischen Staaten, herausgegeben.
Alles Nähere ist aus dem Prospekt ersichtlich
Zeichnungen werden entgegengenommen bei den Giro-
zentralen und der mündelsicheren Sparkassen des Deutschen
Reiches, sowie bei Banken und Bankhäusern.
Magdeburg, im Juli 1919.
**Girozentrale für Provinz Sachsen,
Thüringen und Anhalt**
(Öffentliche Bankanstalt).

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.
Halle a. S., Fernsprecher 6903.
Abteilung C

Centralheizungen
aller Systeme.
Fabrik- u. Grossraum-Heizungen.
Eigene Rohrhitze.

Mond-Extra
Kaffeeapparat
mit abgeborner Ringe
in Saalfeld
Hugo Wöhner, G. m. b. H., Berlin S. 61, Berl. Anst.-Str. 92
Se haben in eine einjährige Garantie

Geschlechts-Kranke!
Kaffee-Hilfe. — Doppelte Hilfe A 231/4
Krankheitsleidenden, trüben u. veralt. Ausflugs-Hilfe in
München, Berlin, Stuttgart, Leipzig, Chemnitz, ohne Ein-
trittsgeld und ohne Gebühr, Manneschwärmer, feierliche Hilfe.
Lieber jedes der 3 Bänden ist eine ausführliche Broschüre
enthalten mit zahlreichen wertvollen Hinweisen und Anweisungen
für die Kranken. Preis 25 Pf. in Marken für Porto in per post. Doppeltrieb ohne
Nachdruck durch Spezialisten Dr. med. Dammann, Berlin 113,
Schönebergstr. 123 B. Erscheinung: 9-12, 3-4 Uhr.
auf Sonnab. u. Sonnt. Genaue Angabe des Leidens er-
forderlich, damit die richtige Broschüre gerichtet werden kann.

Vollendete Formenschönheit!
Prachtvolle Büste, zarte, geschmeidige Haut
erzielen Sie nur durch den
Gebrauch von „FIXOLAN“, in
überauschöner Zeit wird
Ihre Büste, sei sie unentwickelt,
zurückgeblieben oder er-
schlafft, elastisch, fest und
voll, ohne die Formen von
Taille u. Hüfte zu beeinflussen.
Unschädlich im Gebrauch.
Erfolgsversichert. Keine Pillen
oder Pulver. Preis Mk. 4.75
und Mk. 6.50. — Porto extra.
Echt nur durch:
Laboratorium Kosmetikum Berlin-Friedenau 92.

Elektrisches Licht,
Kraft-, Klingel- und Telefon-Anlagen
wird übernommen u. sachgemäß ausgeführt.
Elektrotechn. Fabrik Oswald Pittirich
Halle a. Saale, Merseburger Straße 6.
Fernruf 3544. Leipzig, Petersstr. 10.
Fernruf 11678.

L. Noerpel-Roessler, Internationale Transporte
Friedrichstrasse a. B. — St. Gallen — Romauhorn — Norddeut.
Zollabfertigungen, Transit und Freilager in der Schweiz und Deutschland.
Spezialdienste: Sammelverkehr von und nach
Deutschland, Holland, Skandinavien, Tschecho-Slowakien,
Deutsch-Osterreich, Italien n. Ueberseeverkehr via Genua und Venedig.
Auskünfte frei.

**HEINRICH
LANZ
MANNHEIM**
Heissdampf-Ventil-
Lokomobilen
Gesamt-Absatz: 1,475,000 PS.

**Feinen
Tafelrotwein**
per Flasche 7 Mark,
Weisswein
per Flasche 7.50 Mark,
ohne Steuer direkt an
H. Berl. Sohn, Halle,
Weingrosshandlung.
Eiercognac,
garantiert rein, preiswert,
sicher abzugeben. A 392
Berlin, Cabinestr. 2.

**Zum Einlegen
für
Cier
für
Gurken
für
Schnittbohnen
bringt ich
Steintöpfe
sollt zum Verkauf.
Sobel,
Geleitweg 48,
Gr. Wilsdruffer, 9.
Geleitweg 1,
Waschstr. 10.
Wahnhöfstr. 3.**